

SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Weddelbrook
und Mönkloh

RUND UM DEN ROLAND



Exklusivinterview mit Klaus Schütz



Klaus Schütz in Bad Bramstedt.
(v.l., G. Heyenn, Klaus Schütz, Gerhard Binzus, Rudolf Krumlinde)

„Rund um den Roland“ interviewte den reg. Bürgermeister von Berlin über die Entspannungspolitik sowie über brennende Fragen wie Schießbefehl und DDR-Handel. Seite 3

Ausgabe Nr. 3/76

Köhlerhof: die Bramstedter zahlen - die Gesellschafter kassieren.

Der Skandal ist da: die Stadt Bad Bramstedt erläßt dem Köhlerhof mehrere 100.000,- DM Schulden, das ist das Ergebnis der letzten Stadtverordnetenversammlung. Hinter verschlossenen Türen stimmten die Stadtverordneten mit absoluter Mehrheit der CDU einem Vergleichsvertrag zu. Die Öffentlichkeit soll von alledem wenig erfahren. „Rund um den Roland“ konnte dennoch einiges herausbekommen.

Der Vergleich

520.000,- DM, das ist die ungefähre Summe auf die die Stadt gegenüber der Köhlerhof Bad Bramstedt Reinhold Götsch KG verzichtet. Der restliche Betrag der Schulden in Höhe von ca. 258.000,- DM soll in mehreren Raten (ohne Versinsung!!) gezahlt werden. So sieht es der Vertrag zwischen der Stadt und der obigen Gesellschaft vor. Einzige Bedingung ist, daß die Köhlerhof B.Br. R.G. KG vor 1986 nicht in Konkurs geht. Ob diese Bedingung gesellschaftsrechtlich überhaupt sinnvoll und durchführbar ist, ist noch nicht erwiesen.

Witz bei der Sache ist, daß die Stadt -soweit uns bekannt- die erste Gläubigerin dieser Gesellschaft ist, die auf Forderungen verzichtet; und das obwohl Banken Forderungen in Millionenhöhe haben. Ob damit der Köhlerhof KG geholfen ist, bleibt fraglich - der Stadt auf keinen Fall.

Die CDU Bad Bramstedt, die sonst immer die Finanzknappheit unserer Stadt beschwört, läßt den Bad Bramstedtern damit Geld entgehen, das ihnen rechtmäßig zusteht. Bis heute ist auch durch nichts bewiesen, daß die Köhlerhof KG nicht zahlen kann - im Gegenteil, es gibt Anhaltspunkte dafür, daß sie schon hätte zahlen können.

Helle Empörung muß jedoch hervorgerufen, daß dieses Geld für Anschlußgebühren fällig gewesen ist, die jeder private Bauherr vor Baubeginn zahlen muß. Man kann also Bramstedter Bürgern, die bauen wollen, in Zukunft nur empfehlen, nicht zu zahlen und es wie die Köhlerhof KG zu machen. Man wird ihnen, wie die Praxis zeigt, sicher 2/3 ihrer Schulden erlassen.

Arbeitsplätze in Gefahr?

„90 Arbeitsplätze sind in Gefahr“, so tönen Geschäftsführung des Köhlerhofes

Freiheit ...

ist selbstverständlich für uns, für uns Sozialdemokraten. Noch nie haben wir so viel über sie reden müssen. In mehr als hundertjähriger Tradition handeln wir einfach danach. In Parlamenten, im Untergrund kämpften die „Sozis“ dafür - aber das sind nun inzwischen wirklich „olle Kamellen“. Es ist uns auch fast peinlich, immer wieder zu erklären, was Freiheit ist. Aber noch nie waren so viele Begriffe davon auf dem Markt wie heute in diesen Wochen vor der Wahl.

Irgendwann in den vergangenen Monaten nämlich hatte die CDU/CSU spitzgekriegt, daß es ganz beliebt ist, bei den Bürgern, frei zu sein. Die Meinungsforscher mußten ihnen das wohl gesagt haben.

Die Idee kam nur etwas zu plötzlich, um für den Wahlkampf das Image CDU und Franz Josef Strauß mit Freiheit zu verbinden. So fiel ihnen nichts besseres ein, als den Bürgern zu sagen, die anderen - das sind wir, die Sozis - machen euch - das sind sie, die Wähler - unfrei.

Aber dann kamen wieder die Meinungsforscher und mußten der CDU/CSU sagen, die Leute glauben auch das nicht. Da saßen sie nun in der Klemme, hatten die Sache mit der Freiheit angefangen, aber sie kam so nicht an beim Wähler.

Bei uns ist Freiheit Routine seit Jahrzehnten. Sozusagen ein bekanntes Markenzeichen, das nicht alle paar Tage neu erklärt und genannt werden muß.

Aber die CDU/CSU Kandidaten waren auch fleißig. In Windeseile haben sie einige Definitionen von Freiheit aus der Tasche gezaubert. Hier sind nur zwei Kostproben davon:

*Hanna-Renate Laurin im NDR:
„Ob wir Freiheit nun als Freiheit von etwas oder ob, und nun verzeihen Sie, das hier ein Mitglied der*

Fortsetzung letzte Seite



Ihr Kandidat



am 3. Oktober Günther Heyenn Liste 1 SPD

Fortsetzung von Seite 1

und CDU, um ihren Vergleich zu rechtfertigen. Doch dieses Argument ist falsch.

Die Schuldnerin der Stadt, die Köhlerhof Bad Bramstedt Reinhold Götsch KG, beschäftigt tatsächlich nur eine handvoll Mitarbeiter. Alle anderen der 90 Mitarbeiter werden von Hudaugesellschaften (Hotelbetriebsgesellschaft, Kur- und Wohnheimgesellschaft u.a.m.) beschäftigt, die rechtlich völlig unabhängig von der Köhlerhof KG sind. Unerwähnt soll auch nicht bleiben, daß zu der handvoll Mitarbeiter auch die Geschäftsführer gehören., die ihren offenen Brief an SPD/FDP am 13.9.76 in den Bramstedter Nachrichten veröffentlichten.

Ein Konkurs der Köhlerhof B.Br. R.G. KG würde somit nicht zwangsläufig den Verlust dieser Arbeitsplätze bedeuten. Alles andere ist Augenwischerei.

Doch ist den Geschäftsführern evtl. ein Irrtum unterlaufen? - vielleicht kommen auch sie nicht mehr durch den Wust der ganzen Gesellschaften um den Köhlerhof und durch ihre vielen Funktionen hindurch?

Wie geht es weiter?

Die SPD hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Rechtsabteilung des Kreises beauftragt, die Transaktionen und Gesellschaftsverflechtungen um den Köhlerhof auf deren Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Die F.D.P. will die Verträge zwischen der Stadt und den Gesellschaften kontrolliert wissen.

Man kann nur hoffen, daß während dies geschieht, der Vergleichsvertrag nicht endgültig unterzeichnet wird. Wir appellieren an den Magistrat, sich in diesem Punkte noch zurückzuhalten. Wir wollen nicht, daß Gelder der Bramstedter Bürger an Unternehmungen verschenkt werde, ohne daß sie einen Vorteil haben.

P.S.: Dieser Artikel gibt nur einen Bruchteil der Informationen wieder, die wir zum Thema Köhlerhof besitzen. Aus Platzgründen konnten wir in dieser Ausgabe unserer Zeitung nicht mehr bringen. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß die Geschäftstätigkeit der erwähnten Gesellschaften unseres Wissens nach üblichen kaufmännischen Gepflogenheiten erfolgt ist.

Sagt Herr Bornhöft die Wahrheit?

Bei den Beratungen um den Köhlerhof kam es ans Tageslicht.

Die Vereins- und Westbank Bad Bramstedt hat einer der Köhlerhofgesellschaften Kredite von über 250.000 DM gewährt. So steht es im Geschäftsbericht der Köhlerhof KG. Nichts Ungewöhnliches.

Ungewöhnlich ist nur, daß der Leiter dieser Bank für die CDU im Finanzausschuß der Stadt sitzt und immer fleißig an Beratungen zum Thema Köhlerhof teilgenommen hat. Ihm kam anscheinend nicht der Gedanke befangen zu sein. Da auch für die CDU diese Sache neu zu sein schien, bemühte sich Herr Bornhöft, den Gegenbeweis anzutreten. Am 2.9. verkündete er denn auch, daß weder die Köhlerhof KG noch die Hudaugesellschaften Kredite bei der Vereins- und Westbank hätten. (Woher die Kenntnis. Hat jemand das Bankgeheimnis gebrochen?)

Wenn die Aussage von Herrn Bornhöft stimmt, dann wirft er damit gleichzeitig der Geschäftsführung der Gesellschaften Bilanzfälschung vor.

Also: entweder Herr Bornhöft hat die Unwahrheit gesagt oder die Geschäftsführer und ihr Wirtschaftsprüfer haben eine falsche Bilanz aufgestellt.

Doch eine Frage muß Herr Bornhöft sich gefallen lassen: Wie vereinbart er es mit seinem Kommunalpolitiker-Gewissen, daß er mit einer Gesellschaft Vergleichsverträge schließt, von der er annimmt, daß sie sich nicht gesetzmäßig verhält. Wenn Herr Bornhöft meint, daß dieses normal sei, dann hat er dem Betrug Tür und Tor geöffnet.

Liebeskummer

Mit grünen Boxhandschuhen ausgerüstet, eine Margerite im Mund und dem Spruch „Komm aus Deiner linken Ecke“ auf den Lippen wirbt das in Paris lebende schwedische Fotomodell Christina Friman für die CDU. Das ARD-Magazin „Monitor“ interviewte die hübsche Polit-Maid zur Zeitgeschichte.

„Rund um den Roland“ dokumentiert das Gespräch.

Frage: Kennen Sie das Produkt, für das Sie werben?

Christina: Ja natürlich! Seit zwei Jahren.

Frage: Sie sagen da zum Beispiel: „Komm aus Deiner linken Ecke“.

Christina: Ein bißchen vielleicht. Ich bin nicht sehr links.

Frage: Wissen Sie, was die CDU vertritt?

Christina: Ja, ein bißchen!

Frage: Und wer ist der CDU-Kanzlerkandidat?

Christina: Herr Strauß.

Frage: Sicher?

Christina: Nein!

Frage: Wofür arbeiten Sie lieber, für Sexy-Nachthemden oder für politische Parteien?

Christina: Das amüsiert mich alles.

Frage: Und wer zahlt besser?

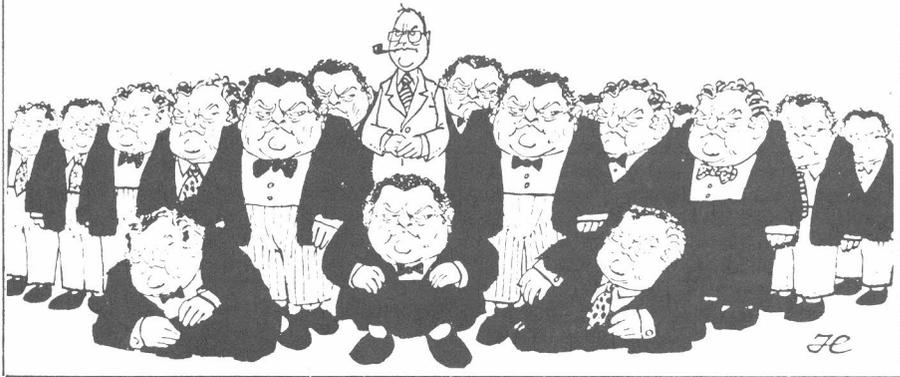
Christina: Oh, die Kataloge.

Frage: Interessieren Sie sich eigentlich für die Wahlen in Deutschland?

Christina: Nein, ich habe großen Liebeskummer.

Zeichnung: Peter Hanitzsch
aus: Münchner Abendzeitung

Schattenkabinett des Herrn Kohl



Bürgermeisterwahl

Bad Bramstedt. Nun wählen wir doch einen neuen Bürgermeister. Erst wollte die CDU Herbert Endrikat behalten, jetzt hat er verzichtet.

Warum? - Ganz leicht scheint ihm dieser Entschluß nicht gefallen zu sein. Doch wie es den Anschein hat, ist er von örtlichen CDU-Größen beknielt worden, seinen Verzicht auszusprechen. Und dies obwohl sie ihn im Frühjahr noch ohne Gegenkandidaten wählen wollten (s. Nr. 1 unserer Zeitung).

Wie anders soll man sich es sonst erklären, daß - so wurde uns berichtet - erst Herr Warnemünde und dann die Herren Haack und Bornhöft binnen weniger Wochen Herbert Endrikat an seinem Kurort besucht haben.

Sie scheinen ihm nicht gerade zugeredet zu haben, im Amt zu bleiben. Wenn sie dies getan hätten, würde Endrikat wohl auch heute noch kandidieren, - einmal aus

Parteidisziplin und wegen der Vorgänge im Frühjahr zum anderen, weil er sein Amt liebte.

So bleibt es überhaupt fraglich, ob Herbert Endrikat selbst sich je mit Verzichtabsichten getragen hat.

Jugendzentrum

Bad Bramstedt. Endlich ist er da. Nach langem hin und her und vielen Bemühungen hat das Jugendzentrum endlich einen Leiter gefunden. Helmut Russ aus Bordesholm seines Zeichens Sozialpraktikant wird die schwierige Aufgabe übernehmen, Leben in das seit zwei Jahren verwaiste Haus zu bringen. Wir wünschen ihm dazu alles Gute und viel Erfolg. Der Unterstützung der SPD und unserer Zeitung kann er sicher sein. In unserer nächsten Ausgabe, werden wir ein Interview mit Helmut Russ veröffentlichen.

Exklusivinterview mit Klaus Schütz, reg. Bürgermeister von Berlin (SPD)

„RudR“: Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schütz, Sie sind ja sozusagen Fachmann in Sachen Berlin und Entspannungspraxis, wir möchten Ihnen daher einige Fragen zu diesem Thema stellen.

Frage: In letzter Zeit hört man immer wieder aus den Reihen der CDU/CSU-Opposition, daß die Entspannungspolitik gescheitert sei. Können Sie dies aus Ihrer Praxis als regierender Bürgermeister von Berlin bestätigen?

Schütz: Nein, ein ganz klares Nein - im Gegenteil, mit diesen Scheingefechten versucht die CDU/CSU Geschichtsklitterung zu betreiben. Tatsache ist doch, daß die CDU/CSU fast 20 Jahre Zeit gehabt hat, um zu zeigen, was sie für die Entspannung tun kann. Und was ist geschehen? - unter der CDU-CSU-Regierung wurde der kalte Krieg geführt, bröckelten die Beziehungen immer weiter ab und fand schließlich der Mauerbau statt, ohne daß die CDU und ihr damaliger Kanzler Adenauer auch nur Protest einlegten.

Jetzt versucht die CDU dies alles vergessen zu machen. Sie will jetzt die Politik an ihren Wunschvorstellungen messen, anstatt die Riesenschritte anzuerkennen, die die SPD in nur sieben Jahren vollbracht hat. Willy Brandt, meinem Vorgänger, ist z.B. das Viermächteabkommen, das Berlinabkommen zu verdanken.

Nur einige Beispiele: Noch 1971 besuchten nur ca. 1,2 Mill. Bürger der Bundesrepublik die DDR, 1975 waren es 3,12 Mill. und umgekehrt kamen (ohne die Rentner!) 1975 40.442 Besucher aus der DDR zu uns, 1971 war es kein einziger. Noch ein Beispiel: 1971 gab es keine Telefonverbindung zwischen den beiden Teilen Berlins, heute sind es ca. 400, die fleißig genutzt werden. Ebenso wurde die Zahl der Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR in diesen Jahren auf über 700 ausgebaut von nicht 300 in 1971.

Frage: Glauben Sie, daß die von Willy Brandt begonnene Entspannungspolitik auch weiterhin Erfolg haben wird?

Schütz: Natürlich wird sie es, denn nur auf dem Wege der zähen Verhandlungen können wir Erfolge haben. Die bisherigen Erfolge, wie ich sie eben an einigen wenigen Beispielen erwähnt habe, geben uns recht. Nur dürfen wir unsere Erwartungen nicht zu hoch stecken, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir es mit einem schwierigen Verhandlungspartner zu tun haben.

Frage: Halten Sie es für möglich, daß der Schießbefehl auf dem Verhandlungswege abgeschafft werden kann? Oder halten Sie es, wie offenbar der CSU-Abgeordnete Wittmann, für nötig gegebenenfalls zurückzuschießen?

Schütz: Der Schießbefehl muß weg! - das ist und bleibt das erklärte Ziel der Sozialliberalen Regierung und der SPD. Doch das geht nicht von heute auf morgen, das geht nur Schritt für Schritt. Durch zähe Verhandlungen. Man kann sich doch nicht der Illusion hingeben, daß die Kommunisten in Ost-Berlin durch einen Vertrag von ihrem Kommunismus abzubringen sind. Deshalb ist es Augenwischerei, wenn Helmut Kohl und die CDU heute so tun, als ob der Schießbefehl weg käme, wenn sie an der Regierung wären. Zum zweiten Teil Ihrer Frage. Ich möchte mich da nicht in ein schwebendes Gerichtsverfahren einmischen. Das Gericht soll klären, ob der maßgebliche CSU-Mann dies so gesagt hat. Ich will hier nur in allem Ernst dies sagen: Wir Deutschen in Ost und West, wir wollen nicht als Gegenstück zum östlichen Schießbefehl jetzt auch im Westen einen solchen haben. Wir wollen nur eins: Wir wollen, daß endlich Schluß gemacht wird mit dem Schießen überall an unseren Grenzen.

Frage: In den letzten Wochen und Monaten konnte man von der CDU/CSU hören, daß sie wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR als Mittel der Politik für notwendig halte. Teilen Sie diese Meinung? Wenn Nein, warum nicht?

Schütz: Die SPD/FDP befindet sich mit ihrer Ablehnung von Wirtschaftsmaßnahmen in bester Gesellschaft: Gewerkschaften und führende Personen der Wirtschaft, so z.B. Herr Sohl, lehnen solche



Maßnahmen strikt ab - halten sie für Unsinn. Wirtschaftliche Sanktionen sind kein Mittel, um kommunistische Regierungen zu erpressen. Damit bewirkt man höchstens eine Verschlechterung der Be-

ziehungen. Eher nehmen diese Regierungen wirtschaftliche Rückschläge in Kauf, als daß sie sich erpressen lassen. Und auch unsere eigene Wirtschaft würde ein Rückgang des Osthandels empfindlich treffen.

Aber auch in diesem Punkte kann die CDU/CSU nicht weit zurückdenken und vergißt tunlichst ihr eigenes Handeln. Nach dem 17. Juni 1953 schränkten sie nicht etwa den Osthandel drastisch ein, nein, sie dehnten ihn von einem Jahr aufs andere um 59% aus. Und nach dem Mauerbau genau dasselbe. Der Osthandel stieg weiter, keine Rede von wirtschaftlichen Sanktionen.

Zum Abschluß meiner Antwort noch ein Beispiel aus jüngster Zeit; während Helmut Kohl und die CDU gegen die Ostpolitik wetterten und Kürzung von Krediten fordern, gewährte eine Bank auf den Bahamas der DDR 500 Mill. DM Kredit. Nichts Besonderes, wenn diese Bank nicht eine Tochter der Rheinland-Pfälzischen Landesbank wäre, deren Aufsichtsratsvorsitzender Herr Kohl ist. Hier wird doch ganz klar anders geredet als gehandelt.

Frage: Zum Abschluß, Herr Bürgermeister Schütz, noch eine Frage zum Ausgang der Wahl. Haben Sie einen persönlichen Tip?

Schütz: Lassen Sie es mich so sagen, wir können es schaffen, aber es bedarf bis zur letzten Stunde größter Anstrengung, und wir brauchen jede Stimme. Das soll insbesondere heißen, daß keiner unserer Wähler, in der Erwartung die SPD werde schon siegen, zu Hause bleibt.

„RudR“: Vielen Dank für dieses Interview.

Doch eine Extratour

Bad Bramstedt. Extratour für Claus Bornhöft“ so lautete die Überschrift in der letzten Ausgabe unserer Zeitung zu einem Artikel, in dem wir kritisierten, daß Herr Bornhöft als erster Stadtverordneter zum 10jährigen Jubiläum in der Stadtverordnetenversammlung geehrt wurde, obwohl Helmut Brüggemann (SPD) schon 14 Jahre ohne Ehrung dabei war. Nun hat man das Versäumte in der letzten Sitzung der StVv nachgeholt. Bei diesem Anlaß meinte Herr Warnemünde, daß man keine Extratour gemacht habe, sondern lediglich in der letzten Amtszeit diese Ehrungen vergessen habe.

Anscheinend merkt Herr Warnemünde nicht, daß er uns damit recht gibt. Denn uns ist bisher keine Ehrung für 10jähriges vor Herrn Bornhöft bekannt, und die „vergessene“ Ehrung für Helmut Brüggemann kann nur als Alibi angesehen werden. Hoffen wir nur, daß man künftig die 10jährigen bei anderen als CDU-Mitgliedern nicht wieder vergißt.

Wer nicht wählt, wählt Strauß, Dregger und Carstens.

ARBEITER der Stirn und der Faust!

Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende!
Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ist vorbei!
Dem Sozialismus gehört die Zukunft!
Doch wahrer Sozialismus heißt nicht Kollektivismus,
verantwortungsbewußter Sozialismus
nicht Vermassung!

ARBEITER!

Bist Du für eine sinnvoll gelenkte Planwirtschaft?
Bist Du für einen gerechten Ausgleich der Kriegslasten?
Bist Du für eine soziale Preis- und Lohnpolitik?

Dann kämpfe mit uns

FÜR einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung,
FÜR vollste Freiheit der Persönlichkeit,
FÜR echte demokratische Selbstverwaltung!

ARBEITER!

Darum hinein in die



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Landesverband Berlin, W 8, Jägerstraße 59-60

hinein in die

große deutsche sozialistische Volkspartei!

Der Gesinnungswandel einer Partei

Mit diesem Plakat warb die CDU bei der Stadtverordnetenwahl in Berlin 1946. Damals trat sie mit dem An-



spruch als „die große sozialistische Volkspartei“ an. Sie versprach, für Freiheit und Sozialismus zu kämpfen. Was davon geblieben ist, zeigt das hindreichend bekannte Wahlplakat der CDU. Eine Partei der Privilegierten.

Warum Herr Leitzke?

Bimöhlen. Warum meinen Sie in Funktion des CDU-Vorsitzenden Bimöhlen, es sei „fruchtbarer“ den Altenclub finanziell zu unterstützen, als eine Sitzbank für den Sportverein zu stiften? Fest steht, daß doch beides einer guten Sache dient. Wir, die Stifter der SPD-Bank sehen einen Sinn darin, den Breitensport in unserer Gemeinde zu unterstützen. Wir wollen unseren kleinen Anteil dazu beitragen, die Gesundheit unserer Bürger zu erhalten. Der Vorschlag für diese Spende kam von unserem SPD-Gemeindevertreter Fritz Roblick. Er war während einer Veranstaltung in Funktion des Sportvereinsvorsitzenden auf fehlende Sitzgelegenheit für ältere Mitglieder auf dem Sportplatz angesprochen worden. Die Mitglieder unseres Ortsvereins reagierten prompt. Sie sammelten Geld, beschafften eine Bank und waren der Meinung einem guten Zweck gedient zu

haben. Ich bin der Meinung indirekt kommt diese Bank auch dem Altenclub zu Gute. Sie, Herr Leitzke reden nun von einem „Wettlauf um die beste Bank“. Sie machen aus einer spontanen Reaktion Bimöhler Bürger einen politischen Wettstreit. Glauben Sie tatsächlich, es hilft dem Ansehen Ihrer Partei in Bimöhlen, wenn Ihnen für eine solche Spende nichts besseres als Kritik einfällt? Wir von der SPD-Bimöhlen finden es gut, daß Ihre Fraktion den Altenclub unterstützt. Wir tun das auch, aber es ist schade, daß die CDU-Bimöhler durch ihr Verhalten aus dem Sportverein einen politischen Streithammel macht. Sie, Herr Leitzke ließen in die Zeitung setzen, Ihre Bank wäre schwarz geworden, die von den SPD-Mitgliedern gestiftete Bank hat bekanntlich einen Holzfarbton und die FDP wird unseren Dorfplatz kaum mit einer blaugelb gestrichenen Bank verschönern.
Hajo Prechtl

Die Pyramiden von Bimöhlen

Im alten Ägypten pflegten die Herrschenden sich Pyramiden zu errichten, um ihre Namen der Nachwelt zu erhalten. In Bimöhlen macht der seit Jahren von der CDU beherrschte Gemeinderat das anders. Er baut Straßen. Die Straßen Buchenweg und Entenbusch wurden mit einer Schwarzteerdecke versehen. Dabei verstand es der Architekt noch, die Mitglieder der CDU-Fraktion von der Wichtigkeit eines Bürgersteiges an dieser Straße zu überzeugen, der bis heute von keinem und schon gar nicht von Schulkindern oder älteren Menschen benutzt wird.

Jeder Kenner der Materie weiß, daß die Anlage von Bürgersteigen eine kost-

spielige Sache ist und für diese beiden Straßen völlig unnötig ist. Aber davon hat man den Mitgliedern des Gemeinderates natürlich nichts bei der Abstimmung

Kunstwerk gesucht

Interessante Anregungen brachte unser Wettbewerb aus der letzten Ausgabe. Gesucht waren Vorschläge für ein Kunstwerk am Freibad.

Gewinner bei der Auslosung unter den eingegangenen Vorschlägen wurde Herr Franz-Josef Scholz aus Bad Bramstedt. Er wird von uns einen Buchpreis erhalten.

Die gesammelten Vorschläge werden unsere Stadtverordneten bei der endgültigen Auswahl des Kunstwerkes berücksichtigen. In unserer nächsten Ausgabe mehr zu diesem Thema.

Hans Traxler: Ein Werbespot für FJS



Grundwertekommission der CDU spricht, ob wir Freiheit auch verstehen als Ja zu Bindungen, in denen man erst Mensch wird. Und ohne Druck - ich will mich nicht ums Wort streiten, aber ohne Druck irgendeiner Art kann ich auch nicht meine Menschlichkeit verwirklichen. Freiheit ist also Druck von oben.

Helmut Lembke, seines Zeichens Landtagspräsident in Schleswig-Holstein auf einer Wahlkundgebung in Mönkloh fand die kürzeste und präziseste Version: „Freiheit ist selbstgebautes Glück!“

Wir bleiben bei unserer altbewährten Form, und da sind wir ganz konservativ. Freiheit ist eben Freiheit und kein Druck und schon gar nicht von oben. Freiheit gibt es

auch nicht in Armut, ohne Ausbildung, Krankenversicherung und Altersversorgung.

Das Glück können sich nur einige wirtschaftlich auserwählte selber bauen. Die meisten von uns brauchen Hilfe. Die Wähler werden sich entscheiden müssen, ob sie frei sein wollen durch Druck oder einfach frei. Ob soziale Sicherungen für Frauen, Landwirte und Rentner, Ausbildung für Kinder, Unterstützung für Arbeitslose und viele andere staatliche Hilfen mehr Freiheit schaffen oder nicht.

Ich habe meine Entscheidung getroffen. Mir gefällt die Freiheit, die ich jetzt habe, ich bleibe dabei, ich stimme für die SPD.

Bärbel Koch

gesagt. Sie wurden wie man so schön sagt, verschaukelt. Das böse Erwachen kam erst, als man den Anliegern die Rechnungen für den Straßenbau präsentierte. Hoffentlich denken die Anlieger bei den kommenden Wahlen daran, daß es eine Fehlplanung des von der CDU beherrschten Gemeinderates war, der sie mit erheblichen überflüssigen Kosten belastete.

Aber es kommt noch viel schöner. Bei der letzten Gemeinderatssitzung am 14. Sept. erfuhren auch die Außenstehenden, daß die veranschlagten Kosten des Straßenbaues Buchenweg/Entenbusch/Dorfplatz um 40.000 DM überschritten wurden. Man fragt sich nur, warum hat gegen eine 30% Kostenüberschreitung keiner Einspruch erhoben. Jetzt, da die Angelegenheit ruchbar geworden ist, muß die CDU Mehrheit, um das Gesicht zu wahren, vom Amt Bad Bramstedt Land Auskunft verlangen, wie die hohen Kosten entstanden sind. Der Antrag kommt ein bißchen reichlich spät. Aber das ist eben CDU-Finanzpolitik.

U.a. wurde in dieser Gemeinderatssitzung auch über den Ausbau des Bremsenbrooks abgestimmt. Inzwischen durch die gigantische Fehlplanung beim Bau der Straßen Buchenweg und Entenbusch, um eine Erfahrung klüger, hatte der Gemeinderat einen Fachmann vom Bauamt Seberg zu Rate gezogen. Er sollte den Gemeinderatsmitgliedern Auskunft über die zu erwartenden Kosten geben. Dazu muß man wissen: der Bremsenbrook ist ein Wirtschaftsweg, dessen Ausbau 75 % aus Mitteln des Landes Schleswig-Holstein und dem Europäischen Ausrichtung- und Garantiefond für die Landwirtschaft getragen wird. Die restlichen 25 % sind von der Gemeinde zu tragen.

Alle Gemeinderatsmitglieder sahen die Notwendigkeit einer Straßenverbesserung ein und der Sachverständige legte zwei Kostenvorschläge vor: Ausbau der Straße versehen mit einer Schwarzteerdecke per km DM 44.000.

Er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Unterhaltungskosten von der Gemeinde zu tragen wären. Bei manchen Gemeinden wären die Straßenunterhaltungskosten so groß, daß sie den Gemeindeetat erheblich belasteten. Bei geringer Belastung der Schwarzteerdecke würde sehr bald der Löwenzahn durch die Decke brechen.

Zweiter Kostenvorschlag per km DM 24.000. Die Straße würde dabei mit einer wasserabweisenden Kiesdecke versehen. Geringe Folgekosten für die Gemeinde. Reparaturen könnten mittels Wegehobel erfolgen.

Nach einer längeren Diskussion erfolgte die Abstimmung. Mit den Stimmen der CDU Mitgliedern Thun, Runge, Schulze, Kramp und Schütt stimmte der Gemeinderat für den Ausbau der Straße mit einer Schwarzteerdecke. Gegen den Ausbau mit einer Schwarzteerdecke stimmten die Abgeordneten Möller (CDU), Müller und Holst (FDP) und Roblick (SPD), Gesamtkosten des Ausbaus der Straße mit einer Schwarzteerdecke DM 108.400, hiervon hat die Gemeinde DM 27.100 als Eigenkosten zu tragen. Diese Kosten müssen durch Darlehen aufgebracht werden, weil kein Geld in der Gemeindekasse ist, und die Reparaturkosten kommen jedes Jahr hinzu!

Impressum

„Rund um den Roland“ wird herausgegeben vom SPD - Gebietsverband Bad-Bramstedt und Umgebung. Herausgeber gem. Pressegesetz ist der jeweilige Gebietsverbandsvorsitzende z.Z. Klaus Pfütze Fritz-Reuter-Straße 2, 2357 Bad Bramstedt. Redakteure: Bärbel Koch (verantw.), Karl-Heinrich Jacobi, Jan-Uwe Schadendorf. Die Zeitschrift erscheint 4-5 mal jährlich in einer Auflage von z.Z. 4.500 im Eigendruck. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.